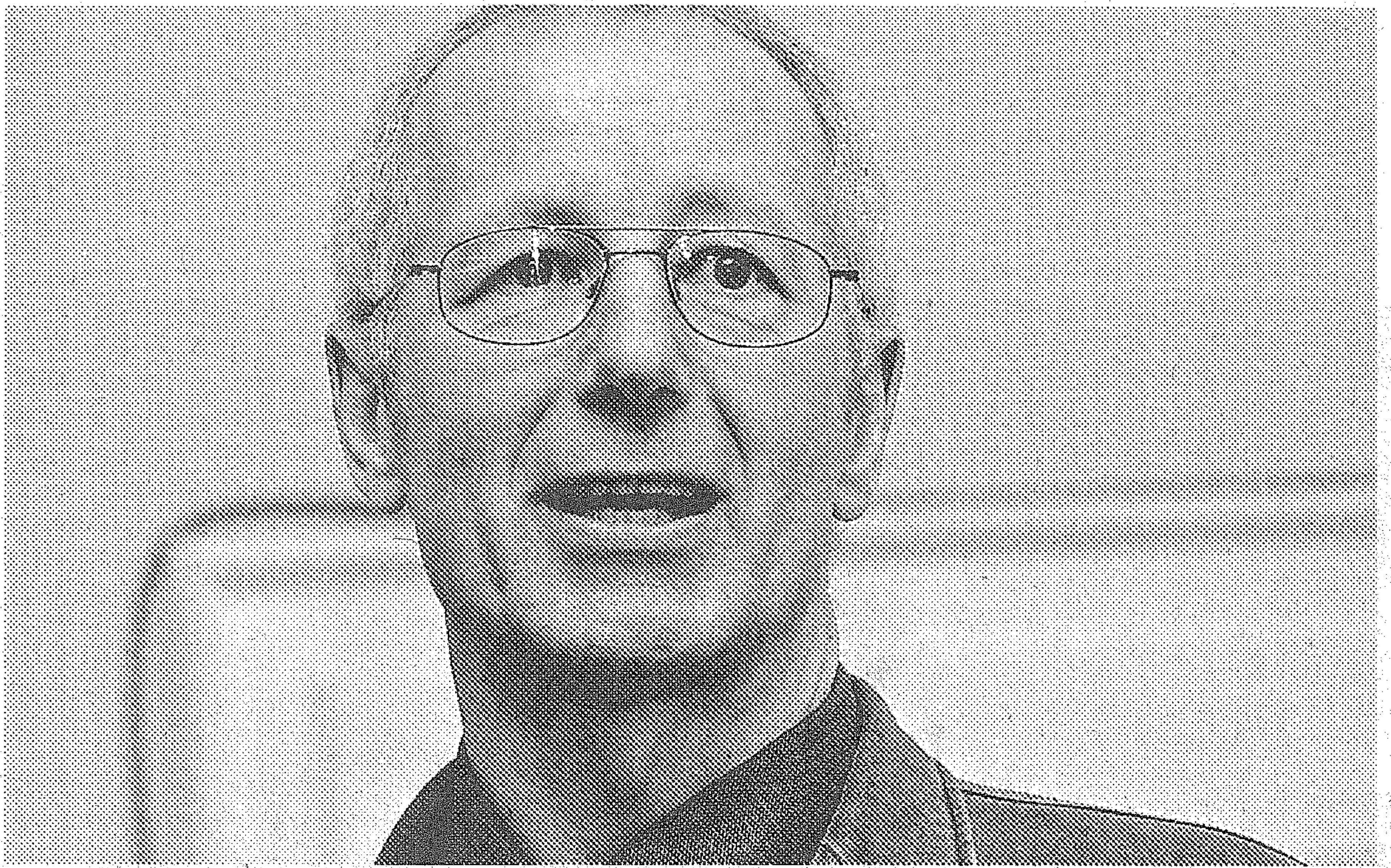


# „Geldmenge muss strenger reguliert werden“

Van Suntum: Sozialismus wäre aber keine Lösung



Der münsterische Ökonom Ulrich van Suntum sieht in der Krise kein Plädoyer für eine Hinwendung zum Sozialismus.

Von Dorle Neumann

**Münster.** Die aktuelle Finanzmarktkrise ist nach Ansicht der Linken ein Zeichen für das Scheitern des Kapitalismus. Dem widerspricht der münsterische Wirtschaftsprofessor Ulrich van Suntum energisch. „Die Geschichte des Finanzsystems ist auch eine Geschichte seiner Krisen“, erklärt er im Gespräch mit unserer Zeitung. Und nennt als frühes Beispiel die Einführung des Papiergeldes in Frankreich um 1720 – „damals gab es den Kapitalismus noch gar nicht...“

Der Experte verweist auch darauf, dass schon der Urvater der Volkswirtschaftslehre, der Brite Adam Smith, darauf bestanden habe, dass die Marktwirtschaft eine strengere Regulierung braucht. „Die Zentralbanken haben zu viel Geld in den Kreislauf geschleust“, erläutert van Suntum. Diese erhöhte Liquidität habe „immer mehr Druck ausgelöst“. Der vor zwei Jahren verstorbene Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Milton Friedman, habe stets dafür plädiert, die Geldmenge ganz streng nach dem Wirt-

schaftswachstum auszurichten.

Aus der derzeitigen Krise zu schließen, dass der Kapitalismus ausgedient habe und man zum Sozialismus zurückkehren sollte, ist nach seiner Überzeugung falsch. „Der Sozialismus ist eine Dauerkrise“, so van Suntum kategorisch. Mit den Vorschlägen der Linken käme man nur „vom Regen in die Traufe“. Gerade in Deutschland habe man genug schlechte Erfahrungen damit gemacht. Der Blick in die Vergangenheit zeige, dass alle sozialistischen Staaten bankrottgegangen seien.

Die Politik habe jetzt „das Richtige getan“. Die nun angestrebte staatliche Beteiligung an einigen Banken könne in einigen Jahren ja wieder verkauft werden, „möglicherweise mit einem Plus für die Steuerzahler“, gibt er zu bedenken. Gleichwohl brauche man nicht nur strengere Regeln, sondern auch eine staatliche Bankenaufsicht – bei der Europäischen Zentralbank oder der Bundesbank, auf keinen Fall im Bundesfinanzministerium: „Da sitzen Politiker, die nur bis zum nächsten Wahltermin denken.“